



MORAL UND MENSCHLICHKEIT

Intoleranz zweiten Grades

Von SAMIRA KLEY | Dieser Tage treibt ein besonders schrecklicher Diskurs im polit-medialen links-grünen Spektrum sein Unwesen. Besonders weltoffene und sich selbst als humanistisch bezeichnende Personen diskutieren darüber, Abtreibung bis kurz vor der Geburt möglich machen zu wollen. Es sei die Entscheidung der werdenden Mutter, sich auch noch kurz vor der Entbindung aus jeglicher Verantwortung ziehen zu können. Es sei kein Mord, denn Mord ist es nach Auffassung der Befürworter erst, wenn das Kind tatsächlich das Licht der Welt erblickt. Das Ungeborene in diesem Stadium lebensfähig wären, auch schon im Mutterleib Gefühle entwickeln. Die Stimmen der Eltern, der Geschwister erkennen. All das ist in diesem Zusammenhang indiskutabel. Jeder scheint sich dessen bewusst, jedoch scheint die Willkür der werdenden Mutter ein heiliges Gut zu sein, das sich um jeden Preis, sei er noch so pervers, seinen Weg bahnen muss.

Debatten wie diese führen wir seit Monaten, denn im Jahr 2020 hat ein Wandel stattgefunden, der in ungeahnter Geschwindigkeit immer weiter und weiter fortschreitet. Wir reden über Zukunftsaussichten, die uns bis vor gut einem Jahr noch nicht einmal im Traum eingefallen wären.

Da wäre beispielsweise die Legalisierung von pädophilen Handlungen. Auch das war außerhalb der öffentlich-rechtlichen Berichterstattung, nämlich durch die Hintertür, in den Weiten des world wide web, ein brisantes Thema. Dort sammeln sich politisch Interessierte aus dem links-liberalen Spektrum, die

sich für sexuelle Handlungen und sogenannten Liebesbeziehungen von Erwachsenen mit Kindern aussprechen. Nur solange diese im gegenseitigen Einvernehmen durchgeführt werden sollten. Das beruhigt natürlich. Nicht.

Die pädophile Community versuchte daraufhin Anklang in der LGBTQ+-Community zu finden und scheint damit nicht ganz unerfolgreich zu sein. Ganz selbstverständlich kamen Personen aus der Versenkung und bekannten sich offen zu ihrer Neigung, nämlich dem Wunsch nach Sex mit Kindern und Jugendlichen. Ohne Konsequenzen befürchten zu müssen. Es ist ohne Frage, dass Pädophilie als eine psychische Abnormalität behandelt werden muss und es selbstverständlich Betroffene gibt, die sich ihrer seelischen Erkrankung bewusst sind.

Allerdings gibt es ebenso viele, die ihre sexuelle Neigung ausleben möchten und sich sicher zu sein scheinen, dass sie eben nicht krank sind. Recherchiert man in einschlägigen Foren, die im Übrigen nicht einmal schwer zu finden sind, wird man sich dem Ausmaß der Katastrophe bewusst. Nutzer schreiben dort, ganz von sich und ihren Vorstellungen überzeugt, dass sie sich in Nachbar Torstens minderjährige Tochter verliebt haben und sie demnächst nach einer Beziehung fragen werden.

Es ist nicht verboten über derlei menschliche Abgründe offen zu debattieren, schließlich leben wir in einer Demokratie, in der auch der größte Schwachkopf zu Wort kommt und kommen darf. Was allerdings fast sprachlos macht, ist die Tatsache wie selbstverständlich man über Legalisierung von eben diesen Delikten gegen die Würde von Kindern spricht. Und wie selbstverständlich man Traumatisierung und das lebenslange Leid nur für Bedürfnisbefriedigung und die Aufwertung des eigenen kranken Selbst, in Kauf nehmen möchte.

Neben diesen Verbrechen an Moral und Menschlichkeit steht ebenso die Diskussion über die Legalisierung von Drogen, jeglicher Art, sehr hoch im Kurs. Ganz nach der Devise „Haste Hasch in der Tasch, haste immer was zu Nasch.“, wird aus einschlägigen Kreisen nahezu aggressiv darauf gepocht, sich bestenfalls 24-Stunden täglich straffrei in einen Vollrausch begeben zu dürfen. Wir kämpfen nicht mehr gegen den drohenden Werteverfall. Wir befinden uns schon mittendrin.

Kein Mensch hätte vor zehn Jahren auch nur geahnt, dass es einmal möglich sein wird mehrere Geschlechtsidentitäten anzunehmen, niemand hätte überhaupt geahnt, dass es anstatt

zwei bis zu sechzig verschiedene Geschlechtern geben mag. Und vor allem hat niemand sich auch nur träumen lassen, dass diese Einbildung auch noch gesellschaftlich toleriert, gar akzeptiert werden würde. Dabei sind sich Behörden und Mediziner sehr wohl bewusst über den Krankheitswert der Transsexualität und anderer Geschlechtsidentitätsstörungen. Denn sie sind gelistet im ICD, dem weltweit wichtigsten anerkannten Klassifikationssystem für Krankheiten weltweit. Zu stören scheint sich daran niemand.

Auch scheinen migrantische Straftäter nicht besonders unbeliebt zu sein, denn folgt man der Kritischen Theorie nach Adorno und anderen Vertretern der 68er Bewegung, sind Menschen mit dunklerer Haut selbst nicht für ihre Taten verantwortlich. Verantwortlich sei die weiße Gesellschaft, die durch Unterdrückung und Benachteiligung migrantische Verbrecher erst konstruieren würde. Ganz offensichtlich wird dieses Phänomen, wenn man die Urteile von Weißen und Dunkelhäutigen Mördern, Vergewaltigern oder Dieben in Deutschland und der EU vergleicht. Straftäter mit Migrationshintergrund kommen aus ihren Taten meist mit milden Urteilen heraus. Begründung: Psychisch erkrankt. Vermindert schulfähig in der Folge. Falls dieses Muster für den ein oder anderen bis jetzt zwar offensichtlich war, dennoch keinen Sinn ergeben hat, dem lege ich die Werke Adornos und Horkheimers nahe.

Was wir bald erleben werden oder schon erleben, ist eine völlig enthemmte Gesellschaft, die sich ihrer Probleme nicht bewusst ist und ihre Wut, das Gefühl das etwas nicht stimmen mag und die nicht wahrgenommene Frustration über fehlende Grenzen, in einem ausschweifenden Leben und rauscherzeugenden Substanzen ertränken wird. Die herrschende Kinderfeindlichkeit und die Angst davor sich vervielfältigen zu wollen werden unter dem Deckmäntelchen des Umweltschutzes versteckt und sind nur zwei von vielen Symptomen der entgrenzten und demoralisierten Bevölkerung.

Zum Verständnis: Kinder sind in links-grünen Milieus nichts weiter als umweltschädliche Blagen. Sie stoßen zu viel CO₂ aus, hinterlassen einen immensen ökologischen Fußabdruck. Es gibt sogar Menschen, die aufgrund des drohenden Weltuntergangs eine Sterilisation in Betracht ziehen oder sogar durchgeführt haben. Die Frage ist folgende: Spricht hier wirklich die Mehrheitsgesellschaft oder sind es wenige, besonders aggressiv

vorgehende Kräfte, die mit aller Macht ihre Ideologie durchsetzen wollen? Oder sind die, zumindest in der öffentlichen politischen Debatte eher wenigen, Konservativen auch tatsächlich in der Unterzahl?

Ich bin mir nicht sicher. Sicher bin ich mir allerdings in einer Angelegenheit: halten wir die voranschreitende moralische und menschliche Verwahrlosung nicht auf, werden wir mit Karacho allesamt vor eine Wand fahren. Die Schadensbegrenzung wird uns alles abverlangen und wir werden uns fragen, warum wir nicht früher etwas dagegen getan haben. Warum wir nicht besser und lauter für unsere Werte eingetreten sind. Deshalb: Mut zur Intoleranz. Denn die heute als intolerant geltenden Konservativen haben den nun dahinsiechenden Wohlstand dieses Landes erwirtschaftet, haben Familien gegründet und zusammengehalten. Das funktioniert nur, mit einem Wertekompass der eben nicht dem eines Delinquenten gleicht.

Grenzen sind nicht nur geopolitisch sinnvoll. Grenzen braucht es vor allem im alltäglichen Umgang miteinander. Lasst uns unsere persönlichen und moralischen Grenzen schützen und pflegen, um ein zukünftig menschliches miteinandermöglich machen zu können.



Einheitsfreude und Trennungsschmerz

Von REYNKE DE VOS | Der Oktober 2020 zwingt zur Vergewisserung bedeutender Ereignisse, die auf das engste

miteinander korrespondieren. Wenngleich nicht auf den ersten Blick zu erkennen, so besteht zwischen der Erinnerung an 30 Jahre Vereinigung der beiden deutschen Rumpfstaaten BRD und DDR, an 100 Jahre Kelsen-Verfassung für Österreich, an 100 Jahre Volksabstimmung in Kärnten, an die territoriale Kastration Ungarns sowie an die formelle Annexion des südlichen Teils des einstigen Kronlandes Tirol durch Italien eine – wenn auch kontrastive, so doch – innere Verbindung.

Die Wiedervereinigung Deutschlands war die glückliche Antwort auf die seit 1945 stets im politischen Raum stehende „Deutsche Frage“. Möglich wurde die deutsche Einheit durch Erosion und Auflösung des Ostblocks zufolge der Implosion des sowjetkommunistisch-moskowitzischen sowie des titoistisch-balkankommunistischen Herrschaftssystems und der zwischen Usedom (Mecklenburg-Vorpommern) und Eichsfeld (Thüringen) raumgreifenden „Abstimmung mit den Füßen“

Die von dem bedeutenden Völker- und Staatsrechtler Hans Kelsen entworfene Bundesverfassung, auf die Österreich(er) zurecht stolz ist (sind), manifestierte die Ablösung des über Jahrhunderte bestimmenden monarchischen Herrschaftsprinzips durch den republikanisch-demokratischen Rechtsstaat. Sie markiert(e) damit aber auch die Reduktion des einstigen Staatsgebiets infolge der für die Verlierer des Ersten Weltkriegs in den 1919/1920 unterzeichneten Pariser „Vorortverträgen“ von den Siegermächten, insbesondere von Frankreich, „friedensvertraglich“ diktierten territorialen und materiellen Verluste.

Kärnten, wo die Siegermächte auf amerikanischen Druck hin am 10. Oktober 1920 eine Volksabstimmung erlaubt hatten, entging – maßgeblich zufolge des mehrheitlichen Votums der slowenischen Minderheit Südkärntens für Verbleib bei Österreich – der vom jugoslawischen SHS-Staat (Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen) verlangten Landesteilung. Ohne Volksabstimmung wurden hingegen per Vertrag von Saint-Germain-en-Laye (1919) das Mießtal dem SHS-Staat sowie das Kanaltal

Italien übereignet.

Die Teilung Tirols

Von dem, was nach kriegsbedingter Auflösung des vormaligen österreichisch-ungarischen Imperiums durch die Herausbildung neuer Nationalstaaten an territorialer Substanz für die zunächst an ihrer Existenzfähigkeit zweifelnde Republik (Deutsch-)Österreich verblieb, war die erzwungene Abtretung Südtirols (mitsamt Welschtirol/Trentino) an Italien zweifellos das für das kollektive Bewusstsein der ohnedies notleidenden Bevölkerung einschneidendste Ereignis. Das Zerreißen Tirols, die formelle Annexion des südlichen Landesteils am 10. Oktober 1920, kontrapunktisch und deklarativ just am Tag der Kärntner Volksabstimmung vollzogen, ist und bleibt, wie der in nämlichem Jahr am 4. Juni im Friedensdiktat von Trianon bestimmte Verlust Ungarns von zwei Dritteln (sic!) des Territoriums, eine Wunde, die nicht verheilen kann – denn damit sind nicht nur Menschen- und Selbstbestimmungsrechte verletzt worden, sondern Völker und Seelen.

„Bella Italia“, das von alters her die Sehnsüchte sonnenhungriger nördlicher Hemisphärenbewohner beflügelnde „Land, wo die Zitronen blühen“ (Goethe), muss sich all seinen heutigen beschönigenden und begütigenden politischen Parolen zum Trotz gefallen lassen, nicht allein von historisch bewussten Betrachtern der „Südtirol-Causa“ als hinterhältiger, sich verstellender politischer Akteur eingestuft zu werden. Schon Bismarck ließ mit seiner Bemerkung nach der quasi parallel vollzogenen Einigung Italiens, die ja erst mit der „Presa di Roma“, der Einnahme der Ewigen Stadt 1870, vollendet war, und der maßgeblich von ihm herbeigeführten Reichsgründung 1870/71 aufhorchen, im Gegensatz zum „satten“ (saturierten) preußisch-deutschen Kaiserreich sei das sardinisch-toskanisch-sizilianische Königreich Italien ein „hungriger“ Staat. „Italien hat einen großen Appetit, aber sehr schlechte Zähne“, bemerkte der Reichskanzler über seinen damaligen Verbündeten.

„Großer Appetit, schlechte Zähne“

Vielfach lieferte Italien hernach Beweise für Bismarcks abfälliges Diktum. Um seinen nationalromantisch verbrämten, quasi der Idee des „Imperium Romanum“ verschriebenen und von „sacro egoismo“ („heiligem Eigennutz“) getriebenen „Hunger“ nach territorialer Ausweitung am adriatischen Gegenufer, in Nord(ost)afrika sowie nicht zuletzt entlang der alpinen Wasserscheide zu stillen und stets zielgerichtet auf „Siegesspur“ und Sieger-Seite zu sein, wechselte es nach Belieben die Fronten.

Südtirol war das kontinentale „Tortenstück“ dieses dem Macht- und Landhunger geschuldeten Seitenwechsels von 1915. Das Gebiet zwischen dem heutigen Salurn und dem Brenner-Pass rundete das Risorgimento-Begehrt Welschtirol / Trentino, zuvor Bestandteil Gesamttirols, nach Norden hin bis zur stets von den italienischen Nationalisten eingeforderten Grenzziehung an der Wasserscheide ab. Dafür hatte die Königlich Geographische Gesellschaft das geophysikalische Rüstzeug geliefert, der auch jener Deutschenhasser Ettore Tolomei angehörte, der mit der von faschistischen Gewalttaten auch in Bozen begleiteten Machtübernahme ab 1922 Mussolini als Entnationalisierungsfanatiker im südlichen Tirol (kultur)geschichtsfälschend dienstbar war.

Nichts von dem, was der einstige Ministerpräsident Luigi Luzzatti nach der Unterzeichnung des Friedensdiktats von St.Germain (10. September 1919) im römischen Parlament sagte – *„Es muß eine Ehrenpflicht für die Regierung und für das Parlament sein, den Deutschen, die nur wegen der absoluten Notwendigkeit, unsere Grenzen verteidigen zu können, angegliedert wurden, ihre autonomen Einrichtungen zu bewilligen“* – wurde zugestanden. Im Gegenteil: selbst die trientinischen (Welsch-)Tiroler Reichsratsabgeordneten Enrico Conci und Alcide DeGasperi – er sollte unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg, als den Südtirolern wiederum die Selbstbestimmung verweigert wurde, abermals eine

verhängnisvolle Rolle spielen – schlugen Töne an, welche sich nicht im geringsten von jenen der Schwarzhemden unterschieden. So schrieb DeGasperi in einem Artikel unter dem Titel „Tirolo addio“, der am 4.12.1918 in der von ihm herausgegebenen Zeitung „Il Nuovo Trentino“ erschien: *„Tiroler, euer Leben war unser Tod, nun wird unser Leben euer Tod sein.“*

Der faschistische Furor

Mit dem ersten von faschistischen Schlägertrupps am 24. April 1921 in Bozen Getöteten, dem Marlinger Lehrer Franz Innerhofer, nahm die Knechtschaft der Südtiroler ihren Lauf. Benachteiligung, Erniedrigung, Drohungen, Gewalt, Folter, Mord waren sozusagen an der Tagesordnung. Geschichtsfälschungen und die Italianisierung von Vor- und Familiennamen (bis hin zu jenen auf Grabsteinen) sowie von Orts- und Flurnamen, Verbot öffentlichen Gebrauchs der deutschen Sprache, verbunden mit der massenhaften Ansiedlung von ethnischen Italienern in den eigens aus dem Boden gestampften Industrie- und Gewerbebezonen, mit der Zerschlagung von Vereinen und Verbänden mittels Verbots sowie der Installation rein italienischer Strukturen, dem Ersatz gewählter Ortsvorsteher durch faschistische Amtsbürgermeister, dem Austausch des für Sicherheit und Ordnung zuständigen Personals sowie der Kujonierung von Medien und Kultureinrichtungen, schließlich der Errichtung des unsäglichen „Siegesdenkmals“ und vielem mehr hatten zum Ziel, den südlichen Teil Tirols in eine rein italienische Provinz zu verwandeln.

Am rigorosesten wütete der faschistische Umerziehungsfuror an den Schulen. In einer höchst ansprechenden, sachkundigen Dokumentation, die der Verein Südtiroler Geschichte zusammenstellte und soeben im effekt!-Verlag (Neumarkt/Etsch) erschien ist luzide veranschaulicht, was unter der bereits ein Jahr nach der Einverleibung Südtirols in den italienischen Staatsverband vom damaligen italienischen Vizepräfekten der Provinz Bozen, Giuseppe Bolis, getätigten Aussage zu verstehen gewesenen Richtlinie des faschistischen Erziehungswesens

gemeint war: *„Die Deutschen brauchen keine Schulen, und wir brauchen auch keine Deutschen“*.

Als sich alle kolonialistischen Zwangsmaßnahmen, die Bevölkerung des „Hochetsch“ („Alto Adige“, gemäß damals verordneter, alleingültiger Benennung) zu assimilieren, als fruchtlos erwiesen, zwangen die „Achsenpartner“ Mussolini und Hitler

die Südtiroler in einem perfiden Optionsabkommen, sich entweder für das Deutsche Reich zu entscheiden und über den Brenner zu gehen oder bei Verbleib in ihrer Heimat schutzlos der gänzlichen Italianità anheim zu fallen. Obschon die meisten für Deutschland optierten, verhinderte der Zweite Weltkrieg die kollektive Umsiedlung. 1946 lehnten die Alliierten die Forderung nach einer Volksabstimmung in Südtirol ab, woraufhin sich in Paris die Außenminister Österreichs und Italiens auf eine Übereinkunft zugunsten der Südtiroler verständigten, die Bestandteil des Friedensvertrags mit Italien wurde.

Das Gruber-DeGasperi-Abkommen vom 5. September 1946 sah die politische Selbstverwaltung vor, und im Kulturellen wurden muttersprachlicher Unterricht sowie die Gleichstellung der deutschen mit der italienischen Sprache auf allen Feldern des gesellschaftlichen Lebens garantiert. In Südtirol selbst taten italienische Partisanen und Insurgenten alles, um das Gebiet, das nach der Absetzung Mussolinis 1943 als faktisch unter der Suprematie des Obersten Kommissars der „Operationszone Alpenvorland“ und Gauleiter von Vorarlberg-Tirol Franz Hofer stand, quasi der „Riconquista italiana“ den Weg zu bereiten. Der Publizist Helmut Golowitsch hat soeben minutiös dokumentiert, wie diese Insurgenten im Zusammenwirken mit weiterbestehenden Behörden und Carabinieri der Repubblica di Salò, dem verbliebenen Refugium Mussolinis unter militärischer Protektion von Wehrmacht und SS, alles daransetzten, die Südtirol-Frage auf ihre Art und Weise ein für allemal zugunsten des Umfallers und Kriegsgewinners Italien zu lösen.

Viele der Übergriffe geschahen unter der Verschwiegenheit der neuen politischen Oberschicht Südtirols sowie der Alliierten. (Helmut Golowitsch: *„Repression. Wie Südtirol 1945/46 wieder unter das Joch gezwungen wurde“*, Neumarkt/Etsch, Effekt! Verlag 2020, ISBN-9788897053682)

Der Trick des Trientiners DeGasperi

Zwar erließ Rom dann 1948 das vorgesehene Autonomie-Statut und deklarierte es – wie zwischen Vertragspartnern und Siegermächten verabredet – zum Bestandteil der italienischen Verfassung. Allerdings wurde die Provinz Bozen-Südtirol mit der Nachbarprovinz Trient in einer Region („Trentino – Alto Adige“) zusammengefasst. Dieser Trick des verschlagenen Trientiners DeGasperi führte die Majorisierung der deutschen und der ladinischen Volksgruppe durch die italienische herbei, die im Trentino absolut dominant war.

Dagegen und gegen die vom „demokratischen Italien“ ungebrochen fortgeführte Ansiedlung weiterer Italiener in ihrer Heimat protestierten die Südtiroler 1957 unter der Parole „Los von Trient“. Mit Anschlägen auf „Volkswohnbauten“ und andere italienische Einrichtungen machte der „Befreiungsausschuss Südtirol“ (BAS) die Welt auf die verweigerte Selbstbestimmung und die uneingelösten vertraglichen Zusicherungen Roms aufmerksam. 1960 trug der damalige österreichische Außenminister Bruno Kreisky den Konflikt vor die Vereinten Nationen, und da Italien trotz zweier UN-Resolutionen nicht einlenkte, erreichten die Anschläge im Sommer 1961 ihren Höhepunkt. Rom verlegte 22.000 Soldaten sowie Carabinieri in den Norden und stellte das Land unter Ausnahmerecht mit all den damit verbundenen rigorosen Gewaltmaßnahmen gegen die Bevölkerung, insbesondere das Foltern von inhaftierten BAS-Aktivisten. Südtirol rückte infolgedessen auch international in den Mittelpunkt des Weltgeschehens, woran sich heute außer der Erlebnisgeneration und Historikern kaum noch jemand erinnert.

„Paket“ und zweites Autonomiestatut

Nach unzähligen zähen Verhandlungsrunden zwischen Wien und Rom im Beisein von Vertretern beider Tirol einigte man sich auf die Entschärfung des Konflikts, indem man 137 Einzelmaßnahmen an einen „Operationskalender“ band – also an eine zeitlichen Vorgabe für die Umsetzung – und in einer sogenannten „Paket-Lösung“ verschnürte. Bevor diese am 20. Januar 1972 als „Zweites Autonomiestatut“ in Kraft treten konnte, musste ihm die Südtiroler Volkspartei (SVP), die seit 1945 maßgebliche politische Kraft im Bozner Landhaus, zustimmen. Auf der SVP-„Landesversammlung“ in der Kurstadt Meran kam 1969 eine knappe Mehrheit dafür zustande.

Es sollte weitere zwanzig Jahre und ungezählter Verhandlungen im Reigen stets wechselnder italienischer Regierungen in Anspruch nehmen, die wesentlichen Bestimmungen über die Selbstverwaltung umzusetzen sowie die annähernde Gleichstellung der deutschen mit der italienischen Sprache im öffentlichen Leben sowie die Stellenbesetzung gemäß ethnischen Proporz zu verwirklichen. Erst 1992 konnte das „Paket“ für erfüllt und am 11. Juni der Südtirol-Konflikt durch Abgabe der „Streitbeilegungserklärung“ vor den Vereinten Nationen formell für beendet erklärt werden. Zuvor hatte der damalige italienische Ministerpräsident Giulio Andreotti im römischen Parlament sowie mittels eines Briefes nach Wien die Zusicherung gegeben, dass Änderungen daran nur mit Zustimmung der Südtiroler vorgenommen werden dürften.

Ohne Perspektive

Letzteres ist seitdem vielfach nicht eingehalten oder im Sinne der von Rom in Anspruch genommenen zentralstaatlichen „Ausrichtungs- und Koordinierungsbefugnis“ (AKB) stark verwässert worden. Die SVP fand sich immer öfter bereit, von Rom dekretierte Änderungen an Substanz und Charakter des Statuts letztlich in „kompromisslerische“ Reduktionsform(e)ln zu kleiden. Sie nahm diese Änderungen hin, um den Anschein

von „Convivenza/Zusammenleben“ aufrecht zu erhalten sowie die von ihr ebenso wie von den jeweils in Rom Regierenden verabsolutierte, angeblich „beste Autonomie der Welt“ nach innen außen als „modellhaft“ anzupreisen. Und nicht zuletzt auch, um möglichst die ihr insbesondere seit den 1980er Jahren zugewachsene politisch-ökonomische Macht zu erhalten, von deren ökonomisch-finanziellen wie sozialen Pfründen das Gros ihrer in Gemeinden, Provinz und Region wirkenden Funktionsträger profitiert.

Von der „Autonomie-Partei“ SVP, deren geduldiger, langwieriger, mitunter bis zur Selbstverleugnung reichendes politisches Wirken für ein erträgliche(re)s Dasein der Südtiroler, zuvorderst für eine prosperierende Wirtschaft und eine geordnete Verwaltung, die den Zuständen in Italien hohnspricht, nicht gering geschätzt werden soll, ist daher insbesondere unter ihrer gegenwärtigen Führung nicht zu erwarten, dass sie je an eine Änderung des Status quo auch nur denkt oder gar einen „Plan B“ in die Schublade legte, um für Eventualitäten gerüstet zu sein. Demgegenüber weisen alle austro-patriotischen Kräfte beidseits des Alpenhauptkamms und von Vorarlberg bis ins Burgenland völlig zurecht darauf hin, dass in sämtlichen Befunden aus mehreren demoskopischen Erhebungen der letzten Jahre – sowohl in Südtirol, als auch in Österreich selbst – klar zutage tritt, dass sich die weit überwiegende Mehrheit der Befragten stets für die Beseitigung bzw. Überwindung des Teilungszustands ausgesprochen hat.

„100 Jahre Unrecht machen keinen Tag Recht“

Es kann daher nicht verwundern, dass sich Tiroler im Zusammenhang mit dem deutschen Staatsfeiertag (3. Oktober) zur Erinnerung an die Wiedervereinigung 1990 die Frage stellen, was *„das Bundesland Tirol, die Autonome Provinz Bozen-Südtirol und die Republik Österreich zur Vereinigung Süd-, Ost- und Nordtirols unternehmen“*. Dabei wissen die derart Fragenden von vornherein, was sie, wenn überhaupt, aus Wien, Innsbruck und Bozen gegebenenfalls zur Antwort erhalten,

nämlich dass „die einst trennenden Grenzen seit dem EU-Beitritt Österreichs nicht mehr wahrnehmbar, ja sogar überwunden“ seien und sich die „Landeseinheit durch EUropäisierung verwirklichen“ lasse, was institutionell bereits in der „Euregio Tirol Südtirol Trentino“ bzw. dem „Europäischen Verbund für territoriale Zusammenarbeit“ (EVTZ) seinen Ausdruck finde. Kollektiverfahrungen im Zusammenhang mit Grenzschießungen wegen der Abwehr des Flüchtlingszustroms respektive mit Grenzkontrollen aufgrund der Corona-Pandemie strafen derartige politische Beschönigungen ebenso Lügen wie der Blick auf die unverkennbare Renationalisierung der Staatengemeinschaft EU, deren Monstrosität, Entscheidungsschwäche und Kraftlosigkeit als internationaler Akteur.

Vereinigungen wie Schützen (SSB), Heimatbund (SHB) und deutschtiroler Landtagsopposition halten indes daran fest, immer wieder – und in diesem Gedenk-Herbst umso mehr – das völkerrechtswidrige Zerreißen Tirols und die stete Verweigerung der Selbstbestimmung ins Gedächtnis zu rufen. Beispielhaft und aller Ehren wert sind in diesem Zusammenhang das „Kennlichmachen der Mitte Tirols“ durch einen geweihten Markierungsstein, den der Schützenbezirk Brixen in unmittelbarer Nähe des Schutzhauses „Latzfonser Kreuz“ im Gebirge auf Gemeindegebiet von Klausen errichtete, sowie die von Trient bis Wien organisierte Plakataktion des SHB unter der Losung „100 Jahre Unrecht machen keinen Tag Recht“.



Kassel: Arabermob prügelt Brüder ins Krankenhaus

Eine Schlägerei zwischen mehreren Männern, die sich am Freitagabend in der Kasseler Innenstadt ereignet hat, beschäftigt derzeit die Beamten der Regionalen Ermittlungsgruppe der Kasseler Polizei. Ein 32-Jähriger aus Kassel und sein 27-jähriger Bruder aus dem Landkreis Kassel erlitten bei der Auseinandersetzung schwere, aber nicht lebensbedrohliche Verletzungen. Die genauen Hintergründe der Auseinandersetzung sind bislang noch ungeklärt. Die Ermittler suchen nun nach Zeugen, die Hinweise auf die unbekanntes Täter geben können. Mehrere Streifenwagen waren gegen 22:30 Uhr zu der gemeldeten Schlägerei am Martinsplatz gefahren, konnte jedoch in der Obersten Gasse nur noch die blutenden 32 und 27 Jahre alten Brüder antreffen. Die Täter waren bereits in unbekannte Richtung geflüchtet. Trotz einer sofort eingeleiteten Fahndung fehlte von ihnen jede Spur. Wie ein Zeuge den Polizisten schilderte, wären die beiden Opfer im Verlauf eines Streits mit einer zehnköpfigen Gruppe mit Flaschen und Pfefferspray angegriffen worden. Die verletzten Männer wurden zur Behandlung in ein Kasseler Krankenhaus gebracht. Nach derzeitigem Ermittlungsstand erlitt der 32-Jährige sogar eine leichte Stichverletzung im Bereich des unteren Rückens. Bei den Tätern soll es sich nach Zeugenangaben um überwiegend dunkel gekleidete Männer mit arabischem Äußeren gehandelt haben. Einer von ihnen trug eine auffällige weiße Jacke mit roten Streifen, so der Zeuge.

Nachfolgend eine kleine Auswahl weiterer „Verwerfungen“, in dem „historisch einzigartigen Experiment, eine monoethnische und monokulturelle Demokratie in eine multiethnische zu verwandeln“. Diese hätten bei einer umgekehrten Täter/Opfer-Konstellation Lichterketten-Alarm und Rassismus-Gedöns von Garmisch bis Flensburg ausgelöst. In diesem Zusammenhang

möchten wir auch darauf hinweisen, dass Deutsche als „Köterrasse“ bezeichnet werden dürfen, ohne dass dies gerichtlich als Volksverhetzung geahndet wird. Ebenso werden Migranten bei der Arbeitsplatzvergabe im öffentlichen Dienst dank eines rassistischen sogenannten Partizipations- und Integrationsgesetzes gegenüber Deutschen bevorzugt. Der ehemalige Stasi-Spitzel Anetta Kahane (Vorsitzende der Amadeu-Antonio-Stiftung), ist der Meinung, dass „Ostdeutschland zu weiß ist„. Trotz solcher rassistischer Meinungen wird sie von Altparteien und Medien als Rassismus-„Expertin“ präsentiert.

Gera: Am Samstagabend gegen 23:45 Uhr kam es -ausgehend von einer Gruppe junger ausländisch wirkender Männer – in der Ernst-Toller-Straße in Gera, Nähe des Hauptbahnhofs, zu weiteren gefährlichen Körperverletzungen. Hierbei wurden ein 20-jähriger und ein 23-jähriger Mann sowie eine 24-jährige Frau gemeinschaftlich durch die Tätergruppierung angegriffen, geschlagen sowie getreten. Die junge Frau wurde zudem auf die Straßenbahnschienen gestoßen und am Boden liegend in den Bauch getreten. Die Täter entfernten sich fluchtartig vor Eintreffen der Polizei. Zwei Geschädigte mussten ins Krankenhaus eingeliefert werden. Auch zu diesem Sachverhalt sucht die Polizei Zeugen, die sachdienliche Hinweise geben können.

Kassel: Nach derzeitigem Ermittlungsstand hatte sich die Auseinandersetzung auf dem Parkplatz nahe der Martinstraße gegen 18:15 Uhr ereignet. Dort war der 27-Jährige im Verlauf eines Streits, dessen Hintergründe bislang noch ungeklärt sind, von seinen Kontrahenten mit einem Messer angegriffen worden. Nachdem das Opfer ins Krankenhaus gebracht worden war, verständigte ein Angehöriger die Polizei. Eine anschließend eingeleitete Fahndung nach den beiden Tätern verlief jedoch ohne Erfolg. Zeugen hatten beobachtet, wie die beiden Täter mit einem silberfarbenen VW Golf mit Kasseler Kennzeichen vom Parkplatz geflüchtet waren. Von ihnen liegt folgende Beschreibung vor: 1. Täter: Etwa 30 Jahre alt, 1,80 Meter groß, kräftige Figur, latze, südländisches Erscheinungsbild,

trug ein weißes T-Shirt. 2. Täter: Dunkle mittellange Haare, die zurückgeegelt waren, südländisches Erscheinungsbild, trug ein orangefarbenes T-Shirt.

Essen: Völlig daneben benahm sich gestern Abend (4. Oktober) ein 18-jähriger Mann aus Kempen im Essener Hauptbahnhof. Dieser war gegen 23 Uhr aufgefallen, weil er die S-Bahn 6 ohne Fahrausweis und Mund-Nasen-Schutz dafür mit seinen Füßen auf der Sitzbank genutzt hatte. Im Essener Hauptbahnhof stellte er sich schlafend, sodass Bundespolizisten ihn weckten.

Dies nahm der guineische Staatsangehörige zum Anlass, die beiden Bundespolizisten mit „verpissst euch ihr Wichser“ zu begrüßen. Weil er trotz mehrmaliger Aufforderungen den Zug nicht verlassen wollte, sollte er aus diesem geführt werden. Hiergegen wehrte sich der Mann mit einem gezielten Faustschlag in das Gesicht eines Bundespolizisten. Dieser wurde dabei leicht verletzt. Gefesselt wurde er anschließend zur Wache gebracht. Dort drohte er der Mutter eines weiteren Bundespolizisten den Geschlechtsverkehr an. Anschließend verunreinigte er die Gewahrsamszelle. Bei einer Durchsuchung des Mannes wurde später Marihuana sichergestellt. Das Verhalten des 18-Jährigen wurde durch eine BodyCam aufgezeichnet. Gegen den in mehr als 30 Fällen polizeibekanntem Mann leitete die Bundespolizei ein Strafverfahren wegen Beförderungserschleichung, Beleidigung, Bedrohung und tätlichen Angriffs auf Polizeibeamten ein.

Oberösterreich: Cobra-Einsatz Dienstagnachmittag in Oberösterreich. Wie „Heute“ aus dem Innenministerium erfuhr, wurde ein 31-jähriger Afghane wegen Terror-Verdachts festgenommen. Die Staatsanwaltschaft Wels ermittelt wegen des Verdachts der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung. „Der Mann soll Propaganda für die Taliban betrieben haben“, so das Innenministerium in Wien. Konkret geht es darum, dass er über verschiedene Social-Media-Kanäle (u.a. betrieb er auch einen eigenen YouTube-Kanal) nicht nur für die islamistische Terrorgruppe geworben, sondern auch „seine wirren

Rachephantasien und Drohungen verbreitet haben“, so das Ministerium. So soll er einer Frau, die den Koran verbrannt hat, gedroht haben, er werde ihr „auf Befehl Gottes den Kopf abtrennen“.

Innsbruck: Auch wenn man sich zur genauen Herkunft uneinig ist – die Krone bezeichnet ihn als staatenlosen Palästinenser, oe24 als Syrer – ist klar: Der Mann, der sich bereits seit 2005 in Österreich befand, radikalisierte sich in Tirol immer weiter. Dies bestätigte eine einheimische Frau, die ihn bei sich aufgenommen hatte – am Ende gab er ihr nicht einmal mehr die Hand. Zum Jahreswechsel attackierte er dann einen Bekannten. Nach der Vermittlung an eine Familie im Außerfern mit Zwischenstationen im Asylager Traiskirchen und in Wien bestritt die „Fachkraft“ sein Auskommen mit Gartenarbeit. Und wurde nebenbei immer religiöser. Die Unterkunftgeberin erzählt, wie er sich plötzlich einen Bart wachsen ließ, immer mehr israelfeindliche Symbole auf sein Handy lud. In seinem Zimmer hingen Fahnen der Terrormiliz „Islamischer Staat“. Schließlich verkündete er seinen Gastgebern: „Ich muss alle Feinde Allahs hassen“. Einen solchen dürfte er wohl auch in einem Iraker gesehen haben, der am Neujahrstag in einer Garage in Höfen (Bezirk Reutte) ein Auto reparierte. Die beiden Männer gerieten in Streit, ehe der mutmaßliche Messerstecher seinem Bekannten aus religiösen Gründen mit dem Umbringen drohte. Er sagte: „Ungläubiger! Warum betest du nicht, warum trinkst du? Ich habe es dir schon oft gesagt – ich werde dich schlachten!“ Dann stach er zu – und sein Opfer blieb nur durch geschickte Abwehr des Angriffs unverletzt (weiter bei WOCHENBLICK.AT).

Bremen: Vor kurzem berichtete BILD-ONLINE über eine Gesetzeslücke, die anscheinend auch nicht geschlossen werden soll. In Bremen fiel Jobcenter-Mitarbeitern auf, dass alleinerziehende Frauen aus Nigeria und Ghana sich in der Behörde meldeten und nach kurzer Zeit den angeblichen Erzeuger ihres Kindes präsentierten:

Ein Jobcenter-Mitarbeiter: „Es sind Obdachlose, Rentner, Schwarzafrikaner mit unbegrenzter Aufenthaltserlaubnis. Alle leben von Sozialhilfe, zahlen nie einen Cent für das Kind. Ein Gen-Test wird nicht verlangt.“

Jetzt bestätigt die Sozialbehörde gegenüber BILD die Fälle. Für Sprecher Bernd Schneider (59) stehen sie mit dem Gesetz im Einklang. Schneider: „Es handelt sich um eine sogenannte Regelungslücke. Die Anerkennung der Vaterschaft erfordert im deutschen Recht nicht, dass es der biologische Vater sein muss. Wer sich zum Vater erklärt, ist auch der Vater.“

Die Frauen bekommen so sofort staatliche Hilfe, ihre ungeborenen Kinder die deutsche Staatsangehörigkeit. Vertrauliche Unterlagen, die BILD vorliegen, dokumentieren, dass Transferleistungen von über 3500 Euro fließen, wenn die Frauen bereits Kinder aus Afrika mitbringen. Dazu kommen noch Krankenkassenbeiträge. Der Verdacht ist, dass Schlepperorganisationen einen Großteil der Sozialleistungen kassieren.

Gemäß Bild-Informationen werden gerade mal 13 Fälle auf Betrug mit falscher Vaterschaft geprüft, obwohl es sich um 461 alleinerziehende Mütter aus Ghana und 375 aus Nigeria handelt. In 2019 wurden in Bremen und Bremerhaven übrigens gesamt 7149 Neugeborene gezählt. Somit machen die Neubürger aus Afrika schon mal über elf Prozent des Jahrgangs aus.

Graz: Seit Oktober 2019 hatte man Hinweise auf einen groß angelegten Sozialleistungsbetrug unter nigerianischen Staatsbürgern in Graz. Im Dezember erhärtete sich der Verdacht, denn eine Mitarbeiterin des Österreichischen Integrationsfonds (ÖIF), wo Prüfungen abgelegt werden, meldete ihre Beobachtungen. Ihr war aufgefallen, dass immer derselbe Prüfling, nur mit anderen Dokumenten, angetreten war. Daraufhin wurden alle 523 Prüfungen von nigerianischen Staatsbürgern in Österreich, die von 2017 bis Februar 2020 bei

entsprechenden Instituten abgelegt wurden, kontrolliert. Dabei stellte sich heraus, dass sich Prüflinge in 184 Fällen mit gefälschten Dokumenten ausgewiesen haben. 61 davon konnten den vier festgenommenen Verdächtigen sowie drei Komplizen zugeordnet werden. Die mutmaßlichen Täter wiesen sich bei den Prüfungen mit gefälschten Reisepässen aus, bei denen in Nigeria ein anderes Foto – jenes des Täters – eingesetzt wurde. Die manipulierten Dokumente wurden dann per Kurier und Flugzeug nach Österreich gebracht und bei den Stellen vorgezeigt. Die Zertifikate (Sprachniveau A1 bis B1) kamen "Kunden" zugute, die bereits in Österreich lebten und die Prüfungen sonst nicht geschafft hätten. Mit den zu Unrecht erlangten Zertifikaten wurden Sozialleistungen und sogar Staatsbürgerschaften erschlichen. Wie hoch der Schaden ausfällt, könne noch nicht gesagt werden, meinte Huber, doch die Summe dürfte im sechsstelligen Euro-Bereich sein.

Lübbecke: Zunächst wurden die Beamten gegen 5 Uhr alarmiert. Ersten Erkenntnissen zufolge war vermutlich zuvor eine Gruppe von 20 bis 25 Personen auf der Straße aus bislang unbekanntem Gründen in einen Streit geraten. Die beiden 29 und 30 Jahre alten und in Lübbecke lebenden Männer gaben an, sie hätten daraufhin versucht, die verbale Auseinandersetzung zu schlichten. Dabei seien sie offenbar mit einem Messer verletzt worden. Genaue Angaben zu den Umständen konnten sie bei einer Befragung durch die Beamten im Krankenhaus nicht machen. Beteiligt gewesen sein sollen laut deren Angaben mehrere russisch und arabisch stämmige Männer.

Hamm: Vor Gericht musste sich ein türkisches Ehepaar verantworten, dass in einem Schließfach Goldbarren, Münzen, Schmuck und bündelweise Bargeld hortete, während es gleichzeitig Hartz IV bezog. Wegen gemeinschaftlichen Betrugs wurden die beiden zu Freiheitsstrafen von einem Jahr und zehn beziehungsweise acht Monaten verurteilt; die Strafen wurden zur Bewährung ausgesetzt. Die Staatsanwaltschaft warf dem 44-jährigen Baupflasterer und der 45-jährigen Reinigungskraft

vor, zu Unrecht 81.354,09 Euro vom Kommunalen Job-Center (KJC) bezogen zu haben. Ohne die in Strafverfahren geltenden Verjährungsfristen, so die Staatsanwältin, hätte die Summe noch deutlich höher gelegen. Das KJC fordert von den beiden auf zivilrechtlichem Weg 176.024 Euro zurück, die seit 2006 an das Paar geflossen sein sollen. Herausgekommen war der Betrug, als man bei der Bank aufgrund der regen Nutzung des Schließfaches Geldwäsche vermutete und der Zoll Ermittlungen aufnahm. In dem Schließfach fanden die Beamten Bargeld in Höhe von 94.000 Euro sowie Goldbarren, Münzen und Schmuck im Wert von 100.000 Euro. Damit nicht genug: Außerdem besitzt das Paar noch ein Ferienhaus in der Türkei.



Altenheimbetreiber carpe diem grenzt farbigen Bundestagsabgeordneten aus

Artikel 3 Absatz 3 des Grundgesetzes regelt: „Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.“

Die Firma carpe diem betreibt sogenannte Senioren-Parks und nimmt es mit dem Grundgesetz nicht so genau. Aktuell

diskriminiert sie den farbigen Bundestagsabgeordneten Dr. Harald Weyel und sagte eine geplante Eröffnungsveranstaltung in Wermelskirchen kurzfristig ab.

Der Sohn eines schwarzen amerikanischen GIs und einer deutschen Mutter, hatte sich zuvor für das Altenheim eingesetzt. Dank seiner Initiative gastiert der Deutsche Bundestag mit einer Wanderausstellung in der Zeit vom 12. bis 16. Oktober 2020 im Senioren-Park Wermelskirchen. Die seltene Ausstellung ist ein besonderes Dialogangebot des Bundestags an die Bürger. Sie vermittelt auf mehr als zwanzig Schautafeln und interaktiven Exponaten die Aufgaben und Arbeitsweise des Parlaments und seiner Mitglieder.

Weyel freut sich für die Heimbewohner: „Wegen Corona sind die Freizeitmöglichkeiten für ältere Menschen eingeschränkt. Viele Senioren befürchten Ansteckungen und gehen kaum vor die Türe. Ich habe den Bewohnern eine interessante und abwechslungsreiche Ausstellung beschafft. Dass die Heimleitung jetzt plötzlich nichts mehr mit mir zu tun haben möchte und die geplante Eröffnungsveranstaltung absagt, ist unanständig und enttäuscht mich.“

Grund für die Absage der offiziellen Eröffnung ist angeblich die AfD-Mitgliedschaft von Dr. Weyel. Die Geschäftsführung wolle nicht, dass Politiker der AfD eine Veranstaltung in dem Hause abhalten. Eine Mitarbeiterin des Unternehmens behauptet, es sei erst am 8. Oktober bekannt geworden, dass die Redner auf der Eröffnungsveranstaltung von der AfD sind. Sonst wäre die Veranstaltung bereits früher abgesagt worden.

Weyel weist das als absurd zurück: „Mein Büro ist seit Juli im engen Austausch mit dem Unternehmen. Das Unternehmen und der Geschäftsführer Martin Niggehoff wussten, wer wir sind.“ Eine PI-NEWS vorliegende E-Mail stützt die Aussage von Weyel. Bereits am 22. Juli 2020 sicherte dessen Büro dem Unternehmen demnach absolute Neutralität zu: „Dr. Weyel würde zu einer Eröffnungsveranstaltung erscheinen in seiner Rolle als

Mandatsträger und nicht als Parteipolitiker.“

Weyel fühlt sich durch die kurzfristige Absage diskriminiert und ausgenutzt. „Ich vermute die Absage der Eröffnungsveranstaltung erfolgte gezielt sehr kurz vor dem Aufbau der Ausstellung, damit zwar die Eröffnung durch uns entfällt, aber die Ausstellung trotzdem stattfindet. An der hochwertigen Wanderausstellung hängt viel Logistik für den Transport und den Aufbau. Die Honorarkräfte für die Betreuung vor Ort sind gebucht. Das alles blasen wir und der Bundestag natürlich nicht einfach ab, nur weil ich jetzt als farbiger Abgeordneter einer demokratischen Partei von dem Unternehmen diskriminiert werde. Das Unternehmen hat mich ausgenutzt, um an eine interessante Ausstellung zu kommen und sich selbst zu inszenieren. Eine derart schäbige Form von Ausnutzung verbunden mit Ausgrenzung und Rassismus habe ich bisher noch nicht erlebt.“



Freie Medien und AfD – zwei Seiten einer Medaille

Von MARTIN E. RENNER | Sehr verehrte Damen, sehr geehrte Herren. Grüß Gott, ich freue mich sehr, Sie herzlich zur zweiten Konferenz der freien Medien hier im Deutschen Bundestag begrüßen zu dürfen.

Knapp eineinhalb Jahre sind seit unserer ersten Konferenz vergangen. Eineinhalb Jahre, in denen fundamentale Werte unserer freiheitlichen Demokratie weiter gewaltig unter Druck gerieten. Eineinhalb Jahre, in denen sich immer mehr verdichtet hat, dass unsere parlamentarische Demokratie zunehmend zu einer Fassade verkommt. Alle tragenden Säulen unserer Demokratie werden zunehmend angegriffen, werden beschädigt, sollen zersetzt und eingerissen werden:

- Der Nationalstaat als Garant für Demokratie, Volk, Souveränität, Kultur und Identität.
- Die gesetzlich garantierte Akzeptanz einer Opposition als unerlässliche und unersetzliche Antithese zur jeweiligen Regierung.
- Die Meinungsfreiheit als Freiheit, das sagen zu dürfen, was andere nicht hören möchten. Die Gewaltenteilung wird unterminiert. Gestern saß man noch in der Exekutive oder Legislative und Schwupps, sitzt man anderntags im Verfassungsgericht. Hauptsache, man hat das richtige Parteibuch und damit die richtige Gesinnung.
- Kompetenz und Eignung – Fragezeichen.
- Auch die sogenannte „Vierte Gewalt“ im Staate unterliegt dieser unheilvollen Dynamik der moralischen Zersetzung und Auflösung ihres ehemaligen Berufsethos.

Recherche von Sachverhalten und Kontrolle der gesellschaftlich, wirtschaftlich und politisch Etablierten – also der Mächtigen. Fragezeichen. Ist offenkundig immer weniger wichtig. Die vierte Gewalt nimmt immer unverfrorener Platz an der Tafel der politisch-ökonomisch Herrschenden, dem Leviathan unserer Zeit. Sie gibt der Öffentlichkeit nun den selbst erzeugten Zeitgeist vor. Sie ist nicht mehr Kontrolleur der politischen Macht, sondern Komplize, Vordenker und Herold der politisch Mächtigen geworden.

So gebar die demokratisch schon recht hässliche „Politische Korrektheit“ das genauso unhübsche Kind namens „Cancel Culture“. Den hierfür erforderlichen Samen spendete der

alterssenile Ungeist des Kulturmarxismus. Der „Cancel Culture“ geht es nicht mehr um ein parteiisches „Für und Wider“ des Geäußerten. Nein, ihr geht es jetzt um die gesellschaftliche und politische Vernichtung der sich Äußernden. Unverkennbar erblickt man hier bereits die hässliche Fratze des Totalitarismus.

Wir alle erleben es täglich. Wir, die wir in Alternativen denkende Politiker sind. Und auch Sie, die exponierte Vertreter der freien Medien sind. Genau das ist der Grund für unser heutiges Zusammentreffen. Es ist ein Treffen der immer noch vorhandenen demokratischen Potentiale. Ein Treffen der oppositionellen Kräfte.

Sie, als Vertreter der freien Medien, sind die „Opposition“ zum etablierten medialen Mainstream. Wir Politiker der „Alternative für Deutschland“ sind die Opposition im Parlament. Wir sind die zwei Seiten einer Medaille. Beide Seiten mit einer gemeinsamen Funktion, aber jede Seite mit eigener Prägung, eigenem Charakter und eigenem Motiv.

Wir dienen nicht einander. Wir benutzen nicht einander. Und schon gar nicht verbrüdernd wir uns miteinander. Denn dann würden wir unseren gemeinsamen Raison d'être verlieren. Unseren Daseins-Zweck ebenso verraten und verkaufen, wie wir es den vereinigten Block- und Einheitsparteien und den weitestgehend gleichgeschalteten, klassischen Mainstream-Medien mit Fug und Recht vorwerfen.

Meine Damen und Herren, eigentlich bräuchten wir einander nicht. Aber unsere schwer verletzt darniederliegende Demokratie braucht uns! Das muss und nur das darf unser gemeinsames Leitbild und Leitmotiv sein. Dies ist die Schweißnaht, die uns in unserem Wollen und Wirken miteinander verbindet: Der Dienst an und die Verteidigung unserer freiheitlichen und demokratischen Grundordnung!

Nach unserer ersten Konferenz der Freien Medien im Mai des

vergangenen Jahres spie es im bundesdeutschen Medienwald Gift und Galle. CORRECTIV – unser spezieller Amigo – fabulierte exemplarisch von einem „Treffen unter Freunden“ und vom „Who is Who der rechten Meinungsmacher“. (*Ist heute ein Vertreter von CORRECTIV anwesend? Man reiche ihm doch bitte eine Flasche vergorenen Traubensaft, denn das würde seine kreative Phantasie erneut beflügeln...*)

Diese Journaktivisten erkennen nicht den immensen Schaden, den sie anrichten. Den Schaden an der Demokratie. Den Schaden an der Debattenkultur. Stigmatisierung, Diffamierung und Ausgrenzung dessen, was nicht sein kann und was nicht sein darf, auf der international-sozialistischen Fahrt in das kulturmarxistische One-World-Phantasma. So die Sicht der neo-feudalistischen, polit-medialen „Herrscher“.

Diese Journaktivisten tauschen Rationalität gegen Irrationalität. Realität gegen Framing. Wahrheit gegen Ideologie. Seit Jahren erleben wir eine geradezu infantil anmutende, medial befeuerte Inflation ideologisch motivierter verbaler „Phobien“ und „Feindlichkeiten“. Alte, weiße Männer und die „Quotengerechtigkeit“. „Rassisten-Irrsinn“. „Gender-Gaga“. „LGBT-Wahrheiten“. „Diversitäts-Plemplem“. „Klima-Wahn und CO2-Chaos“. Und. Und. Und.

Die demokratische Mehrheit wird durch die erfolgreiche Aufsummierung dieser medial omnipräsent gemachten Minderheiten ausgehöhlt und zersetzt. Der normal unbescholtene und zumeist auch unbedarfte Bürger findet sich leicht auf der öffentlichen Anklagebank wieder. Und er kommt von dieser nur wieder herunter, wenn er hörbar in die ihm vorgeschrieenen „kreuziget-ihn-Rufe“ einstimmt. Die grundgesetzlich garantierte freie Meinungsäußerung der Mehrheit befindet sich bereits in der Defensive, bevor sie überhaupt ausgesprochen werden kann.

In dieser ideologisch bereits überreizten Gemengelage kam Corona wie gerufen. Die politisch inszenierten Maßnahmen gegen

Corona potenzieren den bereits vorher ausführlich beschriebenen ideologisch begründeten Irrsinn in unserem Land! Heute werden unsere Kinder regelrecht konditioniert. Sie sollen sich gegenseitig maßregeln, sogar die eigenen Eltern denunzieren!

Wir stehen unmittelbar vor der schwersten Wirtschaftskrise seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland. Unser wirtschaftliches Genick, die Automobilindustrie, droht zu brechen. Täglich neue Horrorzahlen an schon bald verlorenen Arbeitsplätzen. Meine Damen und Herren, wir sprechen hier über Millionen an Existenzen. Bedenken Sie, dass dieses Land ohnehin nur noch von etwa 15 Millionen Netto-Steuerzahlern getragen und ausgehalten wird. Doch unsere **Regierungs-, Ideologie- und Polit-„Experten“** in Berlin und Brüssel verschleudern frische Papier-Druckware in Milliardenhöhe. R.I.P. oder auch: Requiescat in pace.

Ich möchte mich nicht weiter in Rage reden – und Sie nicht mit Sachverhalten langweilen, die Sie – und gerade Sie – bereits kennen. Sie und wir alle wissen: Wird dieser Weg in den planwirtschaftlichen Staatssozialismus nicht nur auf Bundes-, sondern auch auf EU- oder gar globaler Ebene weiter beschritten, dann wird es für unser freiheitliches, bürgerliches und konservatives Gemeinwesen kein Morgen mehr geben. (Green Deal)

Stattdessen erleben wir die heraufziehenden, düsteren Dimensionen einer kultur- und neomarxistischen „Neuen Weltordnung“, von der die Frau Merkel schon auf dem evangelischen Kirchentag in Dresden im Juni 2011 schwadronierte. Jene missratene Kopfgeburt der Frankfurter Schule und ihrer durch die Institutionen marschierten Apologeten. Kulturmarxisten, die von einer in Marxismus / Leninismus ausgebildeten Untergangs-Kanzlerin Merkel an die Hand genommen wurden. Derentwegen sie offenkundig nicht nur die eigene Partei – sondern alles verrät und verkauft, was sie selbst wohl nie kennen- und lieben gelernt, geschweige denn je

verstanden hat.

All das treibt immer obskurere Stilblüten: Drei Polizisten vereitelten einen dümmlichen – aber eigentlich harmlosen „Sturm auf den Reichstag“. Kaum ein klassisches Medium, das diese Eselei nicht zum militanten Sturm von „braunen Horden“, Sturmtruppen von VTLern, Rechtsextremisten und dergleichen mehr hochjazzte.

Meine Damen und Herren, das sind keine Medien mehr, das ist linksideologische Regierungspropaganda im DDR-Agitprop-Modus! Und, um es mit Joseph Pulitzer zu sagen: „Eine zynische, käufliche, demagogische Presse wird mit der Zeit ein Volk erzeugen, das genauso niederträchtig ist wie sie selbst.“

Gestern erfuhren wir, unter welchen Umständen tausende Polizisten ein besetztes Objekt der linksextremen Szene räumen mussten. Hier und vornehmlich hier droht uns die wahre, echte und ernste Gefahr. Hier und in den überall explodierenden Parallel- und Gegengesellschaften mit zumeist patriarchal geprägten Clan-Strukturen!

Ihre Aufgabe in diesem Kampf, werte Damen und Herren von den freien Medien, ist ungleich schwerer. Weil sie zumeist als Einzelkämpfer agieren und sie sich gegen eine gewaltige Übermacht der anderen Medien behaupten müssen. Wie einst David gegen Goliath.

Ich danke Ihnen für Ihren unerschrockenen bisherigen und zukünftigen Einsatz von Herzen. Streiten wir gemeinsam für unsere Kinder und Enkel, für unsere Heimat, für unser Europa der Vaterländer, für unsere Demokratie – und für unsere Freiheit!

Die Welt nennt uns das Volk der Dichter und Denker. Helfen Sie mit, dass das Volk wieder zu denken lernt und die andere Presse gegen den grassierenden kulturmarxistischen Durchfall erfolgreich abgedichtet wird.

Ich danke Ihnen herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.



Kritik an Corona-Maßnahmen wird rasant lauter

Immer mehr mutige Bürger, renommierte Experten und Prominente setzen sich lautstark gegen die völlig verfehlten und unverhältnismäßigen Maßnahmen der Bundesregierung zur Bekämpfung einer vermeintlichen „Pandemie von nationaler Tragweite“ zur Wehr. Die dafür in Hauptsache verantwortlichen Personen wie Angela Merkel (CDU), Jens Spahn (CDU) und Christian Drosten (Charité) geraten immer mehr in die Kritik, wie kürzlich durch Prof. Oliver Lepsius (Verfassungsrechtler Uni Münster) im WDR-Talk „Ihre Meinung“. Auch Schlagerstar Michael Wendler (48) hat exakt deswegen seine Karriere mit sofortiger Wirkung beendet und seinem Sender RTL schwerwiegende Vorwürfe gemacht. Auf seinem neu eingerichteten Kanal beim Messenger Telegram konnte Wendler innerhalb nur weniger Stunden mehr als 60.000 Menschen versammeln (Link: <https://t.me/MICHAELWENDLEROFFICIAL>). Jetzt hat *RT-Deutsch* den Investigativjournalisten Paul Schreyer zum Gespräch gebeten, der ein hochbrisantes Buch mit dem Titel „Chronik einer angekündigten Krise“ veröffentlicht hat.



Karlsruhe: Gambier schlitzt 22-Jährigem die Kehle auf

Von ALEX CRYSO | Deutschland ist vielfältig, Deutschland ist bunt und Deutschland wird jeden Tag in unterschiedlichster Form von neuen „ethnisch-vielfältigen Einzeltaten“ erschüttert.

Das ist im SPD-regierten, antideutschen Karlsruhe längst nicht mehr anders. Am Mittwochmorgen setzte dort ein 32-jähriger Gambier einem Deutschen übel zu. Tatwaffe war eine

Bierflasche, die der Afrikaner nicht nur zum Zuschlagen einsetzte, sondern auch um den Hals des Opfers damit aufzuschlitzen.

Die Tat ereignete sich im Haltestellenbereich des Karlsruher Hauptbahnhofes. Dort schlug der Gambier mehrfach auf den Kopf des 22-Jährigen ein, bis die Flasche zerbrach. Im weiteren Verlauf der Attacke soll das Opfer massiv am Halsbereich verletzt worden sein. Der junge Mann überlebte glücklicherweise und wurde umgehend ins nächste Krankenhaus eingeliefert. Das afrikanische Goldstück wurde verhaftet und dem zuständigen Amtsgericht vorgeführt. Die Ursache für den Streit wurde nicht genannt.

Der Krieg gegen Deutsche ist längst auch in Karlsruhe und sehr effektiv am Laufen! Dort macht man sich aber auch mehr Sorgen um das Wohlergehen muslimischer Bereicherung als darum, dass diese Stadt selbst am helllichten Tag keine sichere mehr ist.